



Ausgabe 13 vom 29. November 2010

Inhalt:

- **Verlängerung fürs Monopol auf Branntweine und Obstbrände**
- **EU muss den Christen im Irak schnell helfen**
- **Markenpiraterie ist kein Kavaliersdelikt!**
- **Mehr Klartext auf den Packungsbeilagen der Medikamente**
- **Niveau und Vielfalt auf Europas Bildschirmen erhalten**
- **Filmpreis des EP geht an eine deutsche Produktion**
- **Wie viel Energie brauchen wir - EU-Energiestrategie bis 2020**
- **CDU setzt Zeichen - "Ja" zum Leben**
- **Kurz notiert: Mehr Chancen für Menschen mit Behinderung**
- **Deutsch-tschechische Nachbarschaft - Historisches Treffen in Prag**
- **EU verbietet Hormonchemikalie in Babyflaschen**

Verlängerung fürs Monopol auf Branntweine und Obstbrände

Die vielen, kleinen Schnapsbrennereien in Mittelfranken können aufatmen: Quasi in letzter Minute hat das Europäische Parlament diese Woche eine Verlängerung des ursprünglich Ende diesen Jahres auslaufenden Branntweinmonopols beschlossen. Die Mehrheit der Abgeordneten sprach sich in erster Lesung für eine Verlängerung bis 2013 für Schnaps auf Kartoffel- und Getreidebasis aus. In vielen Dorfländen Mittelfrankens finden wir hervorragende Obstbrände. Diese sollen sogar bis 2017 unter das Branntweinmonopol fallen. Damit unterstützt das Europäische Parlament gerade die kleineren Schnapsbrenner in Europa: Die Verlängerung gibt den Brennereien und Produzenten mehr Zeit, um sich auf die neue Marktsituation einzustellen. Wir sind uns einig darin: Die traditionellen Obst-, Getreide und Kartoffelbrennereien in Deutschland müssen erhalten bleiben. Sie sind oftmals familiengeführt und gerade in strukturarmen Regionen ein wichtiger Wirtschaftsfaktor mit jahrhundertalter Tradition. Nicht zu verachten:

Vor allem die Obstbrennereien sorgen durch ihren Bedarf an Streuobst für eine fortlaufende Bewirtschaftung der Streuobstwiesen. Somit erfüllen sie auch eine wichtige landschaftspflegende Rolle und tragen so zum Erhalt unserer Kulturlandschaft bei.



Wir können davon ausgehen, dass der EU-Ministerrat der Verlängerung noch vor Jahresende zustimmen wird.

EU muss den Christen im Irak schnell helfen

Die EU soll den verfolgten und unter Gewalt leidenden Christen im Irak schnell besser helfen - das ist die zentrale Aussage einer von mir und Bernd Posselt eingebrachten Dringlichkeitsentschließung, die

das Plenum des Europäischen Parlaments diese Woche fast einstimmig beschlossen hat. So drückt das Europäische Parlament darin seine "tiefe Besorgnis über die jüngsten Angriffe auf Christen und andere religiöse Gemeinschaften im Irak" aus und missbilligt "den Missbrauch der Religion durch die Angreifer" scharf.

Die Abgeordneten forderten den irakischen Staat auf, "seine Anstrengungen zum Schutz der Christen und anderer verletzlicher Minderheiten deutlich zu erhöhen", die für die Verbrechen Verantwortlichen gerichtlich zur Rechenschaft zu ziehen und den Kampf gegen den Terrorismus zu verstärken. Rat und Kommission der EU, insbesondere aber die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, Catherine Ashton, müssten bei den Vorbereitungen für das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit dem Irak "das Problem der Sicherheit der Christen als vorrangiges Thema ansprechen."

Als entwicklungspolitischer Sprecher der CSU habe ich auf Grund der anhaltenden Gewalt gegen Christen zusätzlich eine offizielle schriftliche Anfrage an die Europäische Kommission eingereicht: "Was gedenken die Europäische Kommission und der Auswärtige Dienst der EU zu tun, um die Christen im Irak zu schützen? Gibt es Programme, diese Minderheit auch finanziell zu unterstützen? Stehen Sie bereits im Kontakt mit der irakischen Regierung, um einen besseren Schutz der Christen zu fordern und zu fördern?", so die Fragen an EU-Außenministerin Catherine Ashton. Klar ist: Wir dürfen keinen Tag länger untätig zusehen, wie die christliche Minderheit im Irak unter der Verfolgung leidet, wie Familien zerrissen werden und - oftmals junge - Menschen grausam sterben, nur weil sie ihren Glauben leben.

Nahezu empörend waren die Kommentare einige Vertreter der Linken im Straßburger Plenum. Sie haben während der Aussprache nicht nur vermieden, überhaupt den

Begriff der Christenverfolgung in den Mund zu nehmen - "Vertreter wie die belgische Sozialistin Veronique de Keyser betonten in der Aussprache ihr Desinteresse an der Christenverfolgung, in dem sie fragten, ob man Christen überhaupt ausdrücklich erwähnen müsste. Das ist eine Verhöhnung der Opfer."

Markenpiraterie ist kein Kavaliersdelikt

"Anti-Counterfeiting Trade Agreement" (ACTA) - hinter diesem Titel versteckt sich ein sehr wichtiges, internationales Abkommen, das den Schutz geistigen Eigentums verbessern helfen soll. Was zunächst so abstrakt klingt, hilft ganz konkret dem Mittelstand - auch in Mittelfranken: Nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums haben rund zwei Drittel der deutschen Mittelständler schon Fälle der Produktpiraterie erlebt: "Sie finden kaum Wege, um sich dagegen im Alleinkampf zur Wehr zu setzen. Das sorgt allein in Deutschland jährlich für einen volkswirtschaftlichen Schaden von 50 Milliarden Euro."



ACTA bietet als internationales Abkommen moderne Instrumente im Kampf gegen den Sturm der Produktpiraten. Es kann helfen, milliardenschwere Schäden zu vermeiden - gerade bei kleineren und mittleren Unternehmen, die im Kampf gegen die Produktpiraten alleine keine Chance haben. Zusammen mit anderen Kollegen der EVP-Fraktion habe ich deshalb diese Woche -

wenige Tage vor dem nächsten Treffen der ACTA-Unterhändler - knapp aber erfolgreich (mit 331 gegen 294 Stimmen) für einen Entschließungsantrag gestimmt, der ACTA unterstützt und in zentralen Punkten entscheidende Verbesserungen fordert.

Wichtig sind im Entschließungsantrag durchgesetzte, **verbraucherfreundliche Impulse**: Etwa beim verbesserten Schutz **geografischer Herkunftsbezeichnungen** - was unter anderem die Nürnberger Bratwurst und den mittelfränkischen Kren betrifft.

Zudem fordert der Antrag die Abkehr von einer verpflichtenden Einführung von Internetsperren bei: Die Relevanz des "freien Internet" müsse ebenso berücksichtigt werden wie die Wahrung des Zugangs zu Arzneimitteln.

Mehr Klartext auf den Packungsbeilagen bei Medikamenten

Das Europäische Parlament will Klartext sehen: Patienten sollen künftig einen besseren Zugang zu unabhängigen Informationen über verschreibungspflichtige Arzneimittel bekommen. Das hat das Plenum in Straßburg in erster Lesung beschlossen. Der mündige Patient soll die Informationen bekommen, die er sich wünscht und die er braucht.



Neu auf den Beipackzettel soll eine Faktenbox, die vor allem Kleingedruckten die wichtigsten Daten auf einen Blick enthält.

Der Vorschlag des EP bietet auch einen "update" im Bereich moderner Medien: Immer mehr Menschen suchen nach In-

formationen im Internet. Dort finden sie aber oft schlechte und ungeprüfte Angaben. Kernstück des verabschiedeten Dossiers ist deshalb die Einführung von Gesundheitsportalen im Internet. Ziel ist es, dass Patienten dort Informationen über Medikamente, Krankheiten, Behandlungsmethoden und Prävention aus einer seriösen Quelle erhalten.

Niveau und Vielfalt auf Europas Bildschirmen erhalten

Rückenwind für ARD und ZDF: Programm-Vielfalt fördern, Dialog anregen und Unabhängigkeit sicher - so lauten die Hauptforderungen des Ausschuss für Kultur und Bildung in einem aktuellen Bericht. Gemeint ist dabei die Förderung des dualen Mediensystems und besonders der öffentlich-rechtlichen Anbieter im digitalen Zeitalter.

Als "vierte Säule der Demokratie" haben die öffentlich-rechtlichen Medien eine wichtige Bedeutung im täglichen politischen Leben. Sie stehen für unabhängige Information, kulturelle Vielfalt und höchstes Sendeniveau. In vielen Ländern fehlt es aber an Bewusstsein der Bürger und an der wichtigen politischen sowie wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Sender. Gerade in einer Zeit rasanter Entwicklungen und dem langsamen Aussterben der klassischen Medien ist es wichtig den öffentlich-rechtlichen Anbietern genau das zu ermöglichen: eine in allen Medienformen breit aufgestellte, unabhängige Berichterstattung.

Demokratie muss gerade für die jungen Menschen transparent sein. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in dieser - ihrer ureigenen - Aufgabe zu unterstützen, besonders mit Blick auf die Veränderungen im Bereich der Medien ist ein wichtiges europa-politisches Anliegen.

Filmpreis des EP geht an eine deutsche Produktion

Film und Kultur, die zweite: Diese Woche hat das Europäische Parlament seinen Filmpreis "LUX" verliehen - und "the winner is..." eine deutsche Produktion: "Die Fremde" - der Film erzählt die Geschichte von Umay, einer 25jährigen Deutschen türkischer Abstammung, die mit ihrem kleinen Sohn Cem nach ihrer Zwangsheirat in Istanbul zurück in ihre Geburtsstadt Berlin flieht. Doch bei ihren Eltern in Deutschland angekommen, stößt sie auf Unverständnis in ihrer Familie.



Der Film behandelt auf eindruckliche Weise das Thema "Ehrenmorde". Ohne jemanden anzuklagen, versteht es die Regisseurin, den Zuschauer in die Geschichte zu holen und ihn die Konflikte der beteiligten Personen miterleben zu lassen. "Die Fremde" ist außerdem als deutscher Beitrag im Wettbewerb um den "Oscar" im nächsten Jahr vorgeschlagen. Wir drücken die Daumen!

Wie viel Energie brauchen wir - EU-Energiestrategie bis 2020

Diese Woche im Parlament vorgestellt hat der deutsche Energiekommissar Günther Öttinger seine "EU-Energiestrategie 2020" - ein spannendes Papier mit beeindruckenden Zahlen: So wagt es die Kommission dort, ungeschminkt zu beziffern, was die geplante "Energierévolution" allein bis 2020 kosten wird. Auf mehr als

1,1 Billionen Euro schätzen Öttingers Experten den Investitionsbedarf - mehr als die Hälfte hiervon wird für den Bau neuer Kapazitäten veranschlagt, insbesondere im Bereich erneuerbarer Energiequellen. Keine Frage: Da stehen wir vor einer gigantischen Herausforderung.

Die Energiestrategie im Wortlaut finden Sie im Internet online unter <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0639:FIN:DE:PDF>

CDU setzt Zeichen - "Ja" zum Leben

Was hat Vorrang? Lebensschutz oder Geschäft - zum Glück hat sich die CDU jüngst auf ihrem Parteitag für ersteres entschieden und damit einen Kurs bestätigt, den die Intergruppe Bioethik im Europäischen Parlament seit langem diskutiert: Die sogenannte Präimplantationsdiagnostik (PID) soll in Deutschland auch weiterhin ohne Ausnahme verboten bleiben. Hier geht es nicht um Forschung in diesem Bereich - hier geht es um ein großes Geschäft derer, die an der PID verdienen und die trügerische Hoffnung verkaufen, kinderlosen Paaren die Garantie auf gesunden Nachwuchs zu geben.



Dieses Votum war gut, knapp und überfällig. Die Präimplantationsdiagnostik ist ein Verfahren, in dessen Folge die Selektion von Embryonen und die Tötung gendefekter Embryonen stehen kann. Das ist ein Faktum. Die Abstimmung fragte zu Recht nicht nach technischer Umsetzbarkeit und

Einzelfällen - die gestellte Frage war grundsätzlich, philosophisch, eine Frage an das Gewissen. Der Beschluss war im Ende denkbar knapp. Ich hoffe, dass es gelingt, auch diejenigen ins Boot zu holen, die zunächst für PID waren.

Kurz notiert: Mehr Chancen für Menschen mit Behinderung

Die Europäische Kommission veröffentlichte am 15. November eine Mitteilung mit dem Namen "Europäische Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderung 2010-2010: Erneutes Engagement für ein barrierefreies Europa". Hinter dem sperrigen Titel verbirgt sich ein umfassendes Konzept für mehr Integration von Menschen mit Behinderung in die europäische Gesellschaft der EU-Kommissarin für Justiz, Grundrecht und Bürgerschaft, Viviane Reding. Sie schlägt unter anderem eine Entwicklung von EU-Normen für barrierefreie Produkte und Dienste, sowie die Einführung eines europaweitgültigen Behindertenausweises vor. Darüber hinaus soll künftig auch die wohnortnahe Betreuung besonders im ländlichen Raum durch Gelder aus dem Strukturfonds gesichert werden.

Historisches Treffen in Prag

Es war schon ein besonderer Festakt - und für mich persönlich ein Höhepunkt der vergangenen Tage: In Erinnerung an den Briefwechsel zur Versöhnung zwischen Deutschen, Tschechen und Slowaken aus dem Jahre 1990 haben sich der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Dr. Robert Zollitsch und sein tschechischer Kollege, Erzbischof Dominik Duka OP in Kooperation mit der Ackermann-Gemeinde zu einem deutsch-tschechischen Festakt und einer gemeinsamen Eucharistiefeier im Veitsdom getroffen.



Foto: Am Grab von Kardinal Tomášek im Prager Veitsdom (von links): Prof. Dr. Albert-Peter Rethmann, Erzbischof Zollitsch, Erzbischof Duka, Msgr. Anton Otto und Martin Kastler, MdEP

Bemerkenswert war die politische Dimension des Treffens: Christliche wie politische Vertreter - an deren Spitze Außenminister Fürst zu Schwarzenberg sowie aus Bayern Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle und mein Kollege Bernd Posselt - nahmen an dem Festakt teil. Der Weg für Tschechen und Deutsche ist die gemeinsame Zukunft in Europa, ist ein Weg der Versöhnung. In meiner Ansprache dankte ich den Kirchen für ihren Mut und die Bereitschaft, Motor der Aussöhnung zu sein. Wir Politiker sind eingeladen, dem zu folgen. Ausdrücklich lobten die Erzbischöfe Zollitsch und Duka die Rolle der Ackermann-Gemeinde: Sie habe den Prozess der Aussöhnung von Anfang an begleitet und bis heute fortgeschrieben. Wir sehen das Lob als Ansporn für die zukünftige Arbeit der Ackermann-Gemeinde als Brückenbauer in Europa.

EU verbietet Hormonchemikalie in Babyflaschen

Gute Nachricht für Mamas, Papas und Babys: Die EU hat diese Woche die Chemikalie Bisphenol A in Babyflaschen verboten. Sie darf dort vom kommenden Jahr an nicht mehr enthalten sein. EU-Gesundheitsexperten einigten sich darauf, ab März 2011 die Herstellung und ab Juni 2011 auch den Verkauf und Import solcher Babyflaschen zu verbieten. Bisphenol A wird bei der Herstellung des Kunststoffes Polycarbonat verwendet. Es ist in Alltags-

gegenständen wie Babyfläschchen enthalten und gehört zu den hormonellen Schadstoffen, die bereits in geringen Mengen in den Hormonhaushalt eingreifen können. Die Chemikalie hat möglicherweise Auswirkungen auf das Immunsystem und die Entwicklung von Krebserkrankungen. So was hat in Babyflaschen nun wirklich nichts verloren.

Impressum:

Martin KASTLER MdEP

Abgeordnetenbüro Brüssel

Parlement Européen
60, rue Wiertz, ASP 15E218
B-1047 Bruxelles

Tel. : +32 (0)2 28 47 53 8

Fax : +32 (0)2 28 49 53 8

martin.kastler@europarl.europa.eu

Folgen Sie Martin Kastler auf:



Redaktion:

Martin Kastler MdEP, Jana Fasinova, Stephanie Wenzel, Tobias Gotthardt

V.i.S.d.P.:

Martin Kastler MdEP

Fotos: Europäisches Parlament, privat